

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der für bestimmte Straßen ein Fahrverbot für LKW verordnet wird (Fahrverbotskalender 2022)

Vereinfachte wirkungsorientierte Folgenabschätzung

Einbringende Stelle: BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
Vorhabensart: Verordnung
Laufendes Finanzjahr: 2022
Inkrafttreten/ Wirksamwerden: 2022

Vorblatt

Problemanalyse

In den Ferienzeiten kommt es auf österreichischen Hauptkorridoren zu einem starken Anstieg des Verkehrsaufkommens, der hauptsächlich durch den PKW-Verkehr begründet ist. Durch zeitweise Fahrverbote für den Schwerverkehr zu Zeiten eines starken Verkehrsaufkommens durch den Urlauberverkehr sowie von den an die italienischen und deutschen Fahrverbote gekoppelten Fahrverboten auf der A 12 Inntalautobahn und A 13 Brennerautobahn soll eine Entlastung der betroffenen Verkehrsrouten erreicht werden.

Ziel(e)

Entlastung der betroffenen Verkehrsrouten

Inhalt

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahme(n):
Verordnung von LKW-Fahrverboten

Beitrag zu Wirkungsziel oder Maßnahme im Bundesvoranschlag

Das Vorhaben trägt dem Wirkungsziel „Verbesserung der Verkehrssicherheit“ der Untergliederung 41 Mobilität im Bundesvoranschlag des Jahres 2022 bei.

Aus der gegenständlichen Maßnahme ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf den Bund, die Länder, die Gemeinden oder auf die Sozialversicherungsträger

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union

Das Vorhaben hat keine Auswirkungen auf Rechtsvorschriften der Europäischen Union.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens

Keine.

Datenschutz-Folgenabschätzung gem. Art. 35 EU-Datenschutz-Grundverordnung

Es sind keine Maßnahmen geplant, die Einfluss auf Vorgänge der Datenvereinbarung haben.

Diese Folgenabschätzung wurde mit der Version 5.12 des WFA – Tools erstellt (Hash-ID: 801243377).